

Bildungspolitischer Frühling

VON PROF. DR. DANIEL TRÖHLER*

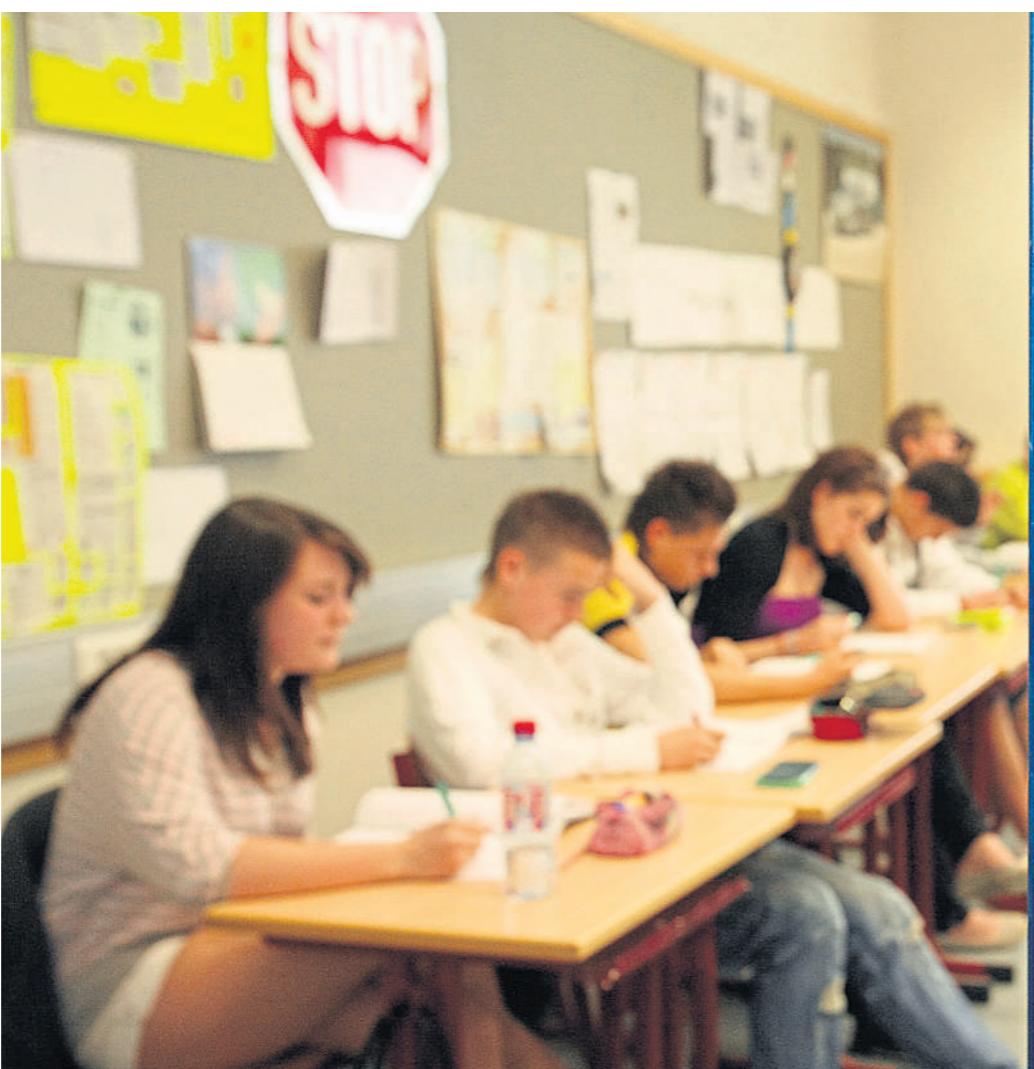
Bildungspolitik ist traditionellerweise eine nationale Angelegenheit, so auch in Luxemburg. Trotz dieses nationalen Hoheitsrechtes gibt es transnationale Bewegungen, die nicht selten von den USA ausgehen und durch sie aktiv verbreitet werden. Es lohnt sich, diese Entwicklungen im Auge zu behalten, weil sie Chancen bieten, die eigene Bildungspolitik reflektiert zu gestalten und nicht von international zirkulierenden Modellen überrollt zu werden, die nur schwer mit den eigenen Gegebenheiten zu vereinbaren sind.

Ein eindrückliches Beispiel einer solchen Entwicklung stellt die US-amerikanische Bewegung Education Spring dar. Dieser – in Analogie zum demokratischen Aufbruch der arabischen Welt – bildungspolitische Frühling der Vereinigten Staaten von Amerika beschreibt eine Vereinigung von LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen, die sich gegen das regelmäßige Testen in den Schulen formiert hat. Lehrervereinigungen mit dem provokativen Namen Badass Teachers Association erhalten dabei massiven Zuwachs, Lehrer im Staat Washington boykottieren mit der Unterstützung der Eltern die Durchführung der Schülertests trotz Androhung von Kündigung und die Schüler aus Newark, Philadelphia, Colorado oder New York weigerten sich, getestet zu werden.

Diese Bewegung ist aus europäischer Perspektive aus zwei Gründen von Interesse. Der erste Grund betrifft eine der prominentesten Promotorinnen, die „Konvertitin“ Diane Ravitch, die früher im Staatssekretariat für Bildung unter den beiden Präsidenten George H. W. Bush und Bill Clinton maßgeblich am Ausbau des nationalen Testsystems beteiligt gewesen war und bis 2004 als Leitungsmittel des National Assessment of Educational Progress, dem größten nationalen Testprogramm, die US-amerikanische Testkultur vorangetrieben hat.

In einem Aufsehen erregenden Buch *Death and Life of the Great American School System* distanziert sich Diane Ravitch 2010 allerdings von ihrer früheren Rolle als Verfechterin des nationalen Testens. Sie argumentiert, dass die (von ihr mit aufgebaute) US-amerikanische Testkultur große Gefahren bergen: Schulpolitik und Schulfreform auf der Grundlage von standardisierten Tests würden nicht nur nicht die erwünschten Wirkungen erzielen, sondern fügen der öffentlichen Schule massiven Schaden zu. Aussagen wie diese machen es verständlich, dass Ravitch zu einer der Gallionsfiguren der Bewegung Education Spring stilisiert wurde.

Der zweite und wichtigere Grund für ein europäisches Interesse am bildungspolitischen Frühling der USA liegt an ihrem Einfluss auf die Bildungspolitik Europas. Die USA hatten ihr nationales Testwesen mittlerweile im Kalten Krieg entworfen, nachdem die Sowjetunion 1957 den Satelliten Sputnik in das Weltall geschossen und damit die USA in eine tiefe, geradezu existentielle Krise gestürzt hatte. Diese reagierten ein Jahr später, 1958, mit der Gründung der NASA sowie mit der Verabschiedung des ersten nationalen Bildungsgesetzes. Mit diesem Gesetz, das etwas martialisch National Defense Education Act genannt wurde, sollten die US-amerikanischen Schulen dahin gehend reformiert werden, dass sie in Zukunft mit der sowjetischen Wissenschaft, deren vermeintliche



Überlegenheit sich mit Sputnik manifestierte, mithalten konnten. Entsprechend betonte das Gesetz die Wichtigkeit von drei Fächern – Mathematik, Naturwissenschaften und Fremdsprachen –, die fortan ins Zentrum der Curricula gerückt werden sollten. Diese Fächer entsprechen fast genau den Kompetenzbereichen, welche das Programme for International Student Assessment, besser bekannt unter seinem Akronym PISA, testet. PISA wurde von der Organization for Economic Co-operation and Development (OECD) entwickelt, die sich seit ihrer Gründung im Jahr 1961 – mit Hilfe von Geldern aus den USA – der Förderung der Mathematik und Naturwissenschaften in ihren europäischen Mitgliedstaaten annahm.

Verglichen mit den viel früher dauernden Bildungsgesetzen der europäischen Staaten reagierten die USA erst spät mit einer legislativen Verankerung auf nationaler Ebene. Der Grund für diese Verzögerung liegt darin, dass die amerikanische Verfassung die Bildungshoheit den einzelnen Bundesstaaten sowie (und weitgehend) den einzelnen Kommunen überlässt. Während der US-amerikanische Präsident global zwar viel Macht besitzt, sind seine Möglichkeiten, den Schulen seines Landes Vorschriften zu machen, äußerst begrenzt.

Diese bildungspolitische Ohnmacht löste in Washington angesichts der wahrgenommenen Überlegenheit der sowjetischen Wissenschaft bzw. ihres Bildungssystems großes Unbehagen aus und lancierte die Suche nach einem Ausweg aus der Handlungsfähigkeit. Die Lösung wurde in einem System von finanziellen Anreizen gefunden. Dabei erhielten Schulen, welche sich vermehrten den maßgeblichen

Fächern – Fremdsprachen, Mathematik und Naturwissenschaften – widmeten, finanzielle Unterstützungsleistungen der Regierung in Washington.

Die Schulen akzeptierten in der Folge das viele Geld durchaus, investierten es aber nicht nur in den Ausbau der gewünschten Fächer, sondern renovierten damit auch ihre Schulhäuser oder bauten neue Sportanlagen. Genau in dieser Situation wurde die Idee des vergleichenden Testens geboren. Wer nämlich das Geld gemäß den Vorgaben investiere, so die Überlegung, müsste eigentlich Effekte nachweisen können, die durch Tests sichtbar gemacht werden könnten.

Diese durch vergleichende Tests festgestellten Effekte wurden im Sinne der damals bohrenden Humankapitaltheorie als outputs definiert und daran hatte sich die Politik fortan zu orientieren: Monetäre Unterstützung für Schulen sollte nur noch gegen messbare Leistung, das heißt gegen nachweisbare outputs fließen. Die ganze Dekade der 1960er-Jahre war daher ein

ne umfassende Schulreformdebatte geführt wurde – wurde die OECD vom amerikanischen Delegierten bedrängt, nach dem Vorbild der USA vergleichende Bildungsstatistiken über die inputs und outputs der einzelnen Staaten zu erstellen. Nach anfänglich heftiger Gegenwehr lenkten die europäischen Mitgliedstaaten ein, erstes Resultat dieser Entwicklung war die ab 1992 erscheinende OECD-Reihe international vergleichbar gemachten Bildungsstatistiken Education at a Glance, die aufgrund eigendynamischer Prozesse der OECD im Testprogramm PISA mündeten.

Wie erfolglos auch die vergleichenden Tests festgestellten Effekte waren im Sinne der US-amerikanischen Initiative war wohl begründet. Im Unterschied zu den USA ist Bildungspolitik in Europa staatlich bzw. bundesstaatlich geregelt und ihr Kern entspricht traditionellerweise dem, was heute input genannt wird: Lehrplan- und Lehrmittelentwicklung sowie LehrerInnenbildung, also genau das, was in den USA nicht – oder nur sehr erschwert – möglich ist. Warum die output-Bildungspolitik, die in den USA gewissermaßen als Notlösung gegen die Handlungsohmacht der Bundesregierung entwickelt wurde, in die Bildungspolitiken der europäischen Staaten eindringen konnte, kann wohl nur mit den Bedingungen während des Kalten Krieges erklärt werden.

Das heißt, durch die massiv wiederbelebten Spannungen unter dem US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan, welche die internationale Kooperation gerade auch in ihrer konservativen Ausrichtung stärkte: Premierministerin Margaret Thatcher war schon seit 1979 im Amt und Helmut Kohl folgte Helmut Schmidt im Jahr 1982 als Kanzler. Der Druck, die nationale

Während in Europa das US-amerikanische Exportprodukt des vergleichenden Testens gegenwärtig einen Höhepunkt erreicht, scheint die Entwicklung in den USA bereits abzuflachen ..."

Ringen um die richtigen Testinstrumente und ein Kampf gegen die Proteste der Gewerkschaften, diese Tests einzuführen. 1969 fand der erste Test unter der Federführung der Organisation des National Assessment of Educational Progress statt, der Institution, welcher Diane Ravitch später vorstehen sollte.

Unter Präsident Ronald Reagan wurde der sich im Verlauf der 1960er-Jahre zunehmend entspannende Kalte Krieg massiv wiederbelebt. 1983 – das Jahr, in welchem in den USA unter dem Stichwort A Nation at Risk wieder ei-

